

## Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

### **Energiewende voranbringen (III):**

### **Verlässliche Wirtschaftspolitik statt Kahlschlag in der Solarbranche**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, im Vermittlungsausschusses zur EEG-Novelle darauf hinzuwirken, dass eine schnelle Einigung erzielt wird. Um verlässliche Rahmenbedingungen zu geben, sollen die nötigen Kürzungen schrittweise erfolgen, die Ausbauziele für die Photovoltaik nicht reduziert werden und die EEG-Umlage durch industriepolitische Maßnahmen zur Zukunftssicherung der deutschen Solarwirtschaft ergänzt werden.

Darüber hinaus soll die EEG-Novelle in folgenden Punkten überarbeitet werden:

1. Streichung des untauglichen und teuren Marktintegrationsmodells, das einen Einstieg in den Ausstieg aus der Förderung der erneuerbaren Energien bedeutet, auch für Anlagen unterhalb 1 MW;
2. Beibehaltung der Anlagenvergütungsklassen des bestehenden EEG und Zurücknahme der übermäßigen Kürzungen der Vergütung von bis zu 37 Prozent;
3. zur Entlastung der Stromverbraucher
  - a. Nutzung des Kostensenkungspotenzials der Photovoltaik durch eine einmalige Vergütungsabsenkung um 20 Prozent für alle Anlagentypen,
  - b. Fortführung des bisherigen Eigenverbrauchsbonus als Speicherbonus,
  - c. Modifizierung der besonderen Ausgleichsregelung dahingehend, dass nur noch energieintensive Unternehmen privilegiert werden, die im internationalen Wettbewerb stehen, und somit die Beendigung der zunehmenden Kostenverschiebung von Unter-

- nehmen auf Privathaushalte – hierzu zählen u.a. die Unternehmen des Stein- und Braunkohlebergbaus,
- d. Die umgehende und drastische Reduzierung der Mitnahmeeffekte bei der Marktprämie;
4. Anhebung des Ausbaukorridors auf einen Zubau von 4.500 bis 5.500 Megawatt pro Jahr und Anpassung dieses Korridors ab 2014 weiter nach oben, soweit die Kostenentwicklung und der Stand der Netzintegration inklusive Verfügbarkeit von Speichern dies zulassen;
  5. Anpassung der 1.000-MW-Degressionsstufen an den in Nummer 4 genannten Ausbaukorridor, wobei die bisher gültige Basisdegression von 9 Prozent beizubehalten und die maximale Degression bei Überschreiten des Ausbaukorridors weiterhin auf maximal 24 Prozent zu begrenzen sind. Statt wie bislang halbjährlich soll die Absenkung monatlich erfolgen;
  6. Festlegung des 1. Juli 2012 als Beginn der Berechnungsperiode für die Ermittlung des Zubaus, da ansonsten ein aussagekräftiges Ergebnis angesichts des durch die starke Kürzung verursachten hohen Zubaus im Frühjahr 2012 nicht zu erreichen ist;
  7. Streichung der neu eingeführten Größenbeschränkung für Freiflächenanlagen;
  8. Abschaffung der neu eingeführten 70-Prozent-Abregelung und Ersetzung durch eine Regelung, die das Ziel der Netzstabilität besser erreicht und zugleich weniger Kosten verursacht;
  9. Explizite Einräumung des Rechts für Anlagenbetreiber, einen eigenen geeichten Zähler zu betreiben;
  10. Umlage der Kosten für die Umrüstung der Wechselrichter zur Lösung der 50,2-Hertz-Problematik auf die Netzentgelte und nicht zur Hälfte auf die EEG-Umlage.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30.06.2012 und nach Ende des Vermittlungsverfahrens zu berichten.

### ***Begründung***

Die Gesetzesnovelle gefährdet die Energiewende durch eine drastische Bremsung des Ausbaus der Solarenergie ab Mitte dieses Jahres. Sie bedroht zehntausende Arbeitsplätze in einer Zukunftsbranche und legt den Grundstein für einen Ausstieg aus dem erfolgreichen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG).

Für breite Anlagensegmente werden die Vergütungssätze in der Einmalabsenkung zu stark abgesenkt und das Grundprinzip des EEG – die vollständige Vergütung des eingespeisten Stroms aus erneuerbaren Energien – wird durch das Marktintegrationsmodell ausgehöhlt. Die Vergütungssenkungen der Gesetzesnovelle fallen sehr drastisch aus und lösen absehbar eine neue Stichtagspanik mit übermäßigen Zubauten vor Inkrafttreten der Neuregelung aus. Die Novelle vergrößert damit genau das Problem, das sie vorgeblich beheben soll. Auf die bereits

erfolgte Degression von 15 Prozent zu Anfang des Jahres werden einzelne Anlagengrößen zusätzlich um bis zu 37 Prozent weniger Vergütung erhalten. Dazu trägt auch die Zusammenlegung unterschiedlicher Vergütungsklassen bei, was künftig zu einer Gleichbehandlung von Anlagen zwischen 11 Kilowatt und 1.000 Kilowatt installierter Leistung führt. Größere Anlagen sind aufgrund von Skalierungseffekten relativ kostengünstiger zu betreiben als kleinere Anlagen. Dies führt zu einer Diskriminierung von kleineren Anlagen. Auch die willkürliche Begrenzung der Vergütung für Freiflächenanlagen auf eine installierte Leistung von 10 Megawatt ist kontraproduktiv, denn so werden gerade die kosteneffizientesten Photovoltaikanlagen nicht mehr gebaut werden.

Auch die Berliner Solarbranche – mit derzeit ca. 500 Unternehmen und über 2.500 Beschäftigten – ist durch die Gesetzesnovelle gefährdet. Im Sinne verlässlicher Wirtschaftspolitik muss sich der Berliner Senat deshalb jetzt auf Bundesebene für die sinnvoll gesteuerte Kürzung der EEG-Förderung einsetzen.

Berlin, den 15. Mai 2012

Pop Schäfer  
und die übrigen Mitglieder der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen